

Informationen zur

Tarifpolitik

WSI

Tarifpolitischer Halbjahresbericht

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2004

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. **Einleitung**
2. **Ergebnisse im Überblick**
3. **Ausgewählte Tarifrunden**
 - 3.1 Metallindustrie
 - 3.2 Chemische Industrie
 - 3.3 Deutsche Telekom AG
 - 3.4 ZeitungsredakteurInnen
4. **Ausblick**

Anhang: Grafiken, Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2004

Tarifinfos im Internet:
www.tarifvertrag.de

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

1. Einleitung

Die Tarifrunde 2004 wurde stark geprägt von dem Konflikt in der Metallindustrie. Dort wurde erstmals seit zwei Jahren wieder über Lohn- und Gehaltserhöhungen verhandelt. Aber im Zentrum der Auseinandersetzung stand die Frage der Arbeitszeitverlängerung. Auch in einigen anderen großen Branchen standen Lohnrunden an, dazu zählen die chemische Industrie, das Bauhauptgewerbe und das Bankgewerbe. In vielen anderen Tarifbereichen laufen die Vergütungsabkommen noch bis ins Jahr 2005, so zum Beispiel im Einzelhandel, Groß- und Außenhandel, in der Druckindustrie, der Stahlindustrie, im Versicherungsgewerbe und im öffentlichen Dienst. Lohnrunden, die die gesamte Wirtschaft umfassen, sind aufgrund der zahlreichen Zweijahresabschlüsse in den vergangenen Jahren zur Ausnahme geworden.

Die **ökonomischen Rahmenbedingungen** sahen zwar günstiger aus als im Vorjahr, aber von einer kräftigen konjunkturellen Erholung konnte keine Rede sein. Der Sachverständigenrat prognostizierte im Spätherbst 2003 eine Wachstumsrate von 1,5 % für 2004 nach einem leichten Minuswachstum in 2003. Die voraussichtlich nur leichte Aufwärtsbewegung in diesem Jahr ist auch eine Folge der wachstumsbremsenden Sparpolitik und der Einschnitte infolge der Agenda 2010 (WSI-Konjunkturbericht 2003). Die stagnierende Binnennachfrage kann auch durch die starke Exportentwicklung nicht ausgeglichen werden. Die Hoffnungen richten sich (wie schon so oft) auf das nächste Jahr. Am Arbeitsmarkt gab es daher keinerlei durchschlagende Verbesserung. Saisonbereinigt stieg die Arbeitslosenzahl im ersten Halbjahr 2004 sogar wieder an.

Den **politischen Grundsatzkonflikt** des vergangenen Jahres um die Tarifautonomie und die Veränderung ihrer gesetzlichen Grundlagen konnten die Gewerkschaften zwar zunächst für sich entscheiden (vgl. ausführlich WSI-Tarifbericht 2003), aber es zeichnete sich bereits früh ab, dass die Arbeitgeber den politischen Rückenwind nutzen würden, um in dieser Tarifrunde ihre Forderungen nach einer weiteren Auflockerung der Flächentarifverträge erneut und mit Nachdruck einzubringen. In allen Tarifbereichen sahen sich die Gewerkschaften überdies mit konkreten Vorschlägen zu Verschlechterungen und Einschnitten in die Tarifstandards konfrontiert.

Bei den **Lohn- und Gehaltsforderungen** setzte die IG Metall mit ihrer Forderung nach einer 4-prozentigen Tarifierhöhung die allgemeine Orientierungsmarke. Die Forderungen bewegten sich in den anderen Branchen überwiegend zwischen 3,5 und 4,5 % (vgl. Übersicht 1). Anders als im Vorjahr bezifferte die IG BCE in dieser Runde die Forderung für ihre Hauptbranche, die chemische Industrie, konkret mit 3,5 %. Im Bauhauptgewerbe sah die IG BAU unter dem Eindruck der anhaltenden Branchenkrise zunächst von einer Kündigung der Tarifverträge ab und schlug dann einen Beschäftigungssicherungsfonds vor, der aus einer Lohnerhöhung von 2,2 % gespeist werden sollte.

Tarifforderungen in der Tarifrunde 2004 in ausgewählten Tarifbereichen

Branche	Lohn- und Gehaltsforderung
Bankgewerbe	4,0 %
Bauhauptgewerbe	2,2 % für Beschäftigungssicherungsfonds
Chemische Industrie	3,5 %
Deutsche Post AG	4,0 %
Deutsche Telekom AG	4,0 %
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	4,5 %
Metallindustrie	4,0 %
Kfz-Gewerbe NRW	3,7 %
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie	3,0 %
Nahrung/Genuss, Hotels u. Gaststätten	3,5 – 4,0 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Die **Kündigungstermine** der Vergütungstarifverträge lagen so, dass die Metallindustrie die Tarifrunde eröffnete. Hier liefen die Verträge zum Jahresende aus. Ende März folgte das Bauhauptgewerbe, Ende April Post und Telekom. In der chemischen Industrie endeten die Verträge Ende April bis Juni. In der zweiten Jahreshälfte folgen dann u.a. die Energiewirtschaft, die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Volkswagen AG und zum Jahresende der Steinkohlenbergbau.

Der **Pilotabschluss** der diesjährigen Tarifrunde erfolgte am 12.2. in der baden-württembergischen Metallindustrie. Die Tarifparteien einigten sich auf eine Tariferhöhung nach 2 Nullmonaten von 1,5 % ab März 2004 zuzüglich einer Einmalzahlung von 0,7 %, die als ERA-Strukturkomponente genutzt werden soll. Ab März 2005 gibt es eine Stufenerhöhung von 2,0 %, ebenfalls ergänzt um eine Einmalzahlung von 0,7 % (ERA-Strukturkomponente). Die Laufzeit reicht bis Februar 2006. Außerdem verständigten sich die Tarifparteien auf erweiterte Möglichkeiten zur Verlängerung der Arbeitszeiten (vgl. Punkt 3.1).

Erst Mitte Mai folgte dann der Abschluss in der westdeutschen chemischen Industrie. Er sieht eine Erhöhung der Tarifentgelte nach einem Nullmonat um 1,5 % für 12 Monate vor. Zusätzlich gibt es eine Einmalzahlung von 7,2 % eines bisherigen Monatsentgelts. Für die ostdeutsche Chemieindustrie konnte die Gewerkschaft eine Niveauanhebung von 1,7 % ab Oktober 2004 und weiteren 2,5 % ab Oktober 2005 durchsetzen (vgl. Punkt 3.2).

Im Bankgewerbe einigten sich die Tarifparteien Anfang Juli auf einen zweijährigen Abschluss mit einer Erhöhung nach drei Nullmonaten ab September 2004 um 2,0 % und weiteren 1,6 % ab September 2005.

Bei der Deutschen Telekom AG konnte ver.di einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung durchsetzen, der eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 34 Stunden bei einer Bezahlung von 35,5 Stunden vorsieht (vgl. Punkt 3.3). Bei der Deutsche Post AG einigten sich die Tarifparteien auf eine Pauschalzahlung von 130 € und eine

zweistufige Tarifierhöhung von 2,7 % ab November 2004 und 2,3 % ab November 2005 bis April 2006.

Sehr konfliktreich verliefen die Auseinandersetzungen bei den ZeitungsredakteurInnen. Die Verleger hatten eine zweijährige Nullrunde und drastische Einschnitte bei manteltariflichen Regelungen gefordert. Erst nach monatelangen Verhandlungen und dreiwöchigen Streiks wurde ein Ergebnis erzielt, das zwar einige Verschlechterungen enthält, aber immerhin den gekündigten Manteltarifvertrag wieder in Kraft setzte (vgl. Punkt 3.4) Bei Redaktionsschluss dieses Berichts waren die Verhandlungen im Bauhauptgewerbe noch nicht beendet.

Übersicht 2

Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2004

Abschluss	Tarfbereich	Ergebnis
12.2.2004	Metallindustrie Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	nach 2 Nullmonaten 1,5 % ab 03/2004 plus 0,7 % Einmalzahlung (ERA-Strukturkomponente) 2,0 % Stufenerhöhung ab 03/2005 bis 02/2006 plus 0,7 % Einmalzahlung (ERA-Strukturkomponente)
12.3.2004	Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Baden-Württemberg	1,5 % ab 03/2004 bis 03/2005
15.3.2004	Deutsche Telekom AG	Arbeitszeitverkürzung von 38,5 auf 34 Std. (Bezahlung 35,5 Std.) zur Beschäftigungssicherung 2,7 % ab 01/2005 bis 03/2006
23.03.2004	Kfz-Gewerbe Thüringen	1,4 % ab 04/2004, 1,5 % Stufenerhöhung ab 12/2004 bis 05/2005
14.05.2004	Chemische Industrie West	nach 1 Nullmonat (jew. 1. Mon.) 1,5 % für weitere 12 Monate regional unterschiedlich ab 06/07/08/2004 7,2 % Einmalzahlung auf der Basis der bisherigen Entgelte
02.06.2004	Deutsche Post AG	130 €Pauschale insg. für 05 bis 10/2004 2,7 % ab 11/2004 2,3 % Stufenerhöhung ab 11/2005 bis 04/2006
02.06.2004	Chemische Industrie Ost	wie Chemie West; zusätzlich Tarifniveaangleichung Ost/West 1,7 % ab 10/2004 und weitere 2,5 % ab 10/2005
08.07.2004	Bankgewerbe	nach 3 Nullmonaten 2,0 % ab 09/2004 und weitere 1,6 % ab 09/2005 bis 05/2006

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 08.07.2004

2. Ergebnisse im Überblick

Im ersten Halbjahr des Jahres 2004 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommenstarifverträge für rund **5,6 Millionen** Beschäftigte ab, darunter rund 0,6 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 27 % der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** betrug in Westdeutschland 3,0 %, in Ostdeutschland 3,6 % (vgl. Tabellen 1 a - 1 c im Anhang). Diese Größe berücksichtigt nur die *tabellenwirksamen* Tarifierhebungen, d.h. sie schließt auch Stufenanhebungen ein, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, berücksichtigt jedoch nicht Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen. In einigen Tarifbereichen hat es Abschlüsse mit Stufenanhebungen im kommenden Jahr gegeben, so z.B. in der Metallindustrie, in Teilen des Kfz-Gewerbes und der Holz bearbeitenden Industrie, bei der Deutschen Post und der Postbank.

Lässt man diese Stufenanhebungen außer Acht und berücksichtigt lediglich die im 1. Halbjahr 2004 in Kraft getretenen Tarifierhebungen, ergibt sich für die westdeutschen Länder eine Abschlussrate von 1,5 %, für die neuen Länder von 1,7 %. Differenziert man diese Größe für ganz Deutschland nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegt der Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit 1,0 %, an der Spitze steht der Bereich Baugewerbe mit 2,6 %. Mehrheitlich bewegt sich die Abschlussrate für das 1. Halbjahr 2004 zwischen 1,5 und 2,0 %.

Die **jahresbezogene** Steigerung der Tarifverdienste beträgt für dieses Jahr auf der Basis der vorliegenden Abschlüsse (Stichtag 20.6.2004) durchschnittlich 2,0 %. Darin sind auch jene Steigerungen für 2004 enthalten, die bereits im vergangenen Jahr vereinbart wurden. Diese Größe bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelt des Vorjahres zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse und zusätzliche Einmalzahlungen.

Tabelle 1

Tarifsteigerung 2004 ¹

Wirtschaftsbereich	West	Ost	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2,0	2,5	2,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1,3	2,7	1,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,0	3,3	2,1
Investitionsgütergewerbe	2,3	2,2	2,3
Verbrauchsgütergewerbe	2,0	2,4	2,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,0	2,3	2,0
Baugewerbe	2,1	2,2	2,1
Handel	1,8	1,7	1,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,0	2,9	2,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	1,8	1,8	1,8
Private Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	1,7	4,3	2,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	1,4	3,0	1,8
Gesamte Wirtschaft	1,9	2,6	2,0

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2004 gegenüber 2003

Quelle: WSI-Tarifarchiv 2004 Stand: 20.6.2004

Die kalenderjährliche Tarifsteigerung liegt in diesem Jahr voraussichtlich deutlich unter der Höhe des Vorjahres (2003: 2,5 %). Hier ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen (vgl. Tabelle 1 und Tabellen 2 a - 2 c im Anhang). Die Tarifsteigerung in den alten Ländern liegt mit 1,9 % deutlich unter der in den neuen Ländern mit 2,6 %. Ausschlaggebend dafür sind die relativ hohen Steigerungsraten in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung (2,9 %), Gebietskörperschaften, Sozialversicherung (3,0 %), Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (3,3 %), sowie im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck (4,3 %).

Im Jahr 2004 liegt also die vorläufige jahresbezogene Tarifsteigerung von durchschnittlich 2,0 % über der prognostizierten Preissteigerungsrate von etwa 1,3 - 1,5 %. Andererseits wird angesichts einer voraussichtlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität von ebenfalls rund 1,3 % in diesem Jahr der kostenneutrale Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft. Daran dürfte sich auch angesichts der noch ausstehenden Tarifabschlüsse im Bereich Textil und Bekleidung, im Bauhauptgewerbe, im Bankensektor bis zum Jahresende wenig ändern.

Ein Blick auf das **Tarifniveau Ost/West**, d.h. das Verhältnis der tariflichen Grundvergütungen in den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern ergibt am Beispiel ausgewählter Tarifbereiche folgendes Bild (vgl. Grafik und Tabellen 3 und 4 im Anhang): Im Durchschnitt von rund 40 ausgewählten Tarifbereichen mit rund 2,2 Mio. Beschäftigten errechnet sich ein Tarifniveau Ost/West von 93,9 %, eine Steigerung gegenüber Ende 2003 um 0,5 %. Ursächlich dafür ist vor allem die im letzten Tarifabschluss vereinbarte Stufenerhöhung im öffentlichen Dienst von 91 % auf 92,5 % ab dem 1.1.2004 sowie die Anhebung des Tarifniveaus in kleineren Tarifbereichen (u.a. Textilindustrie).

3. Ausgewählte Tarifrunden

3.1 Metallindustrie

Ausgangssituation

In der Metall- und Elektroindustrie liefen die Tarifverträge zum Jahresende 2003 aus. Der Abschluss vom Mai 2002 hatte zweistufige Tariferhöhungen von 4,0 und 3,1 % gebracht, die zum Teil der Finanzierung der kostenneutralen Einführung der neuen Entgeltrahmenabkommen dienen sollten (vgl. WSI-Tarifbericht 2002). Am 10.11. legte der Vorstand der IG Metall eine Forderungsempfehlung vor, die als Leitlinie der Diskussion in den regionalen Tarifkommissionen dienen sollten. Sie sah eine Anhebung der Tariflöhne und -gehälter um 4 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten vor. Nach Auffassung der IG Metall handelte es sich um eine „Forderung mit Augenmaß“, die die erwartbare Konjunkturerholung unterstützen und zu einem „bescheidenen verteilungspolitischen Plus“ beitragen sollte. Ein Teil der Lohnforderung sollte der (Rest-)Finanzierung des noch offenen Kostenvolumens der ERA-Einführung in Höhe von 1,39 % dienen. Den

gesamtwirtschaftlich neutralen Verteilungsspielraum setzte die IG Metall mit rund 3,3 % an, darin enthalten eine Preisentwicklung von 1,3 % und ein Produktivitätszuwachs von rund 2 %.

Die Diskussion im Vorfeld der Tarifrunde konzentrierte sich jedoch nicht allein oder vorwiegend auf die lohnpolitischen Aspekte. Die Metallarbeitgeber machten frühzeitig deutlich, dass sie in dieser Tarifrunde die Nagelprobe auf die weitere Flexibilisierung der Tarifverträge in der Metall- und Elektroindustrie machen wollten. Sie führten damit systematisch die Auseinandersetzung um die künftige Ausgestaltung des Flächentarifvertrags weiter, die ja auf politischer Ebene durch das Ergebnis des Vermittlungsausschusses von Bundesrat und Bundestag im Dezember 2003 nur ein vorläufiges Ende gefunden hatte. Dort war in einer Protokollnotiz die Erwartung formuliert worden, „dass sie (die Tarifparteien, R.B.) sich in den nächsten 12 Monaten auf eine neue Balance zwischen Regelungen auf tarifvertraglicher und betrieblicher Ebene verständigen“ (vgl. WSI-Tarifbericht 2003). In der Öffentlichkeit herrschte daher - ganz im Interesse der Arbeitgeber - der Eindruck vor, dass nur eine weitere Lockerung der Tarifverträge speziell in der Metallindustrie eine neuerliche Debatte um gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie verhindern könne.

Die Metallarbeitgeber wollten im Bereich der Arbeitszeit durchsetzen, „dass die Betriebsparteien auf freiwilliger Basis das Arbeitszeitvolumen – also die individuelle reguläre Wochenarbeitszeit – und die zugeordnete Bezahlung innerhalb einer Bandbreite von 35 bis 40 Stunden vereinbaren können“ (Martin Kannegeßer, Statement vom 20.11.2003). Damit wären die tarifvertraglichen Arbeitszeitbestimmungen in ihrem Kern getroffen. Nicht nur entstünde auf diese Weise ein Arbeitszeitkorridor, über dessen Nutzung auf betrieblicher Ebene entschieden würde, auch die zentrale Frage, ob die dann mögliche Arbeitszeitverlängerung um bis zu 5 Stunden überhaupt, teilweise oder vollständig bezahlt würde, wäre der tarifvertraglichen Regelung entzogen. Aus Sicht der IG Metall stellte sich diese Forderung von Gesamtmetall deshalb als Versuch dar, über die Hintertür die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche ohne Bezahlung zu realisieren. Entsprechend harsch fielen die Reaktionen aus. Die IG Metall lehnte es ab, darüber überhaupt zu verhandeln und kündigte harten Widerstand an. Die regionalen Tarifkommissionen übernahmen die Forderungsempfehlung des Vorstandes, in einigen Tarifgebieten wurde „eine stärkere Berücksichtigung der unteren Einkommensgruppen“ gefordert.

Verhandlungen und Ergebnis

Die regionalen Verhandlungen begannen am 15.12. u.a. in NRW, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz mit den üblichen Erörterungen der wirtschaftlichen Lage, der Begründung der gewerkschaftlichen Forderungen und den (Gegen-)Forderungen der Arbeitgeber. Auch in der 2. Runde, die am 8.1.2004 in Baden-Württemberg begann, gab es noch keine konkreten Angebote seitens der Arbeitgeber. Sie machten vielmehr deutlich, dass es einen Abschluss ohne Ergebnis in der Frage der Arbeitszeitverlängerung nicht geben werde. In die Verhandlungen sollte der Stand von Gesprächen einer seit

längerer Zeit bestehenden Arbeitsgruppe zur Arbeitszeitgestaltung einbezogen werden. In der 3. Verhandlungsrunde am 23.1. präsentierten die Arbeitgeber in Baden-Württemberg ein mit Gesamtmetall abgestimmtes **Gesamtangebot**, das folgende Komponenten beinhaltete:

- Einführung eines *Arbeitszeitkorridors* von 35 - 40 Stunden
 - mit vollem Lohnausgleich,
 - ohne oder mit teilweisem Lohnausgleich zur Festigung der Standortwettbewerbsfähigkeit, zur Beschäftigungsförderung bzw. zur Beschleunigung strategischer Innovationsprozesse.

Dieser Vertrag sollte eine Laufzeit von 3 Jahren haben. Unter dieser Voraussetzung boten sie weiter an:

- Eine *Erhöhung* der Löhne und Gehälter um
 - 1,2 % ab 1.1.2004 für 15 Monate bis zum 31.3.2005,
 - weitere 1,2 % ab 1.4.2005 für 12 Monate bis zum 31.3.2006.

Darin sollte auch das noch fehlende ERA-Strukturvolumen in Form von Einmalzahlungen enthalten sein.

Die IG Metall reagierte darauf mit einer scharfen Zurückweisung. Der zweite Vorsitzende Berthold Huber nannte das Lohnangebot „eine Frechheit und Beleidigung für unsere Leute“, weil es nicht einmal die Teuerungsrate ausgleiche. Die Verknüpfung mit einer Verlängerung der Arbeitszeit sei eine Provokation. Nach dem Auslaufen der Friedenspflicht am 28.1.2004 begann die Gewerkschaft daher mit Warnstreiks, an denen sich bis zum Ende der Tarifrunde mehr als eine halbe Million ArbeitnehmerInnen in ganz Deutschland beteiligten. Diese hohe und mühelos erzielte Mobilisierung belegte die Bereitschaft der Beschäftigten, vor allem gegen die geforderte Arbeitszeitverlängerung ohne Bezahlung, Front zu machen. Die IG Metall hatte in der Argumentation sehr stark auf die Verteidigung der 35-Stunden-Woche abgestellt, deren Durchsetzung genau vor 20 Jahren mit dem siebenwöchigen Streik in Baden-Württemberg begonnen hatte.

In den Verhandlungen am 5.2. machte die IG Metall deutlich, dass sie sich eine Lösung des Arbeitszeitproblems im Rahmen einer erweiterten Quotenregelung vorstellen könne. Die bisherigen Tarifbestimmungen erlauben eine Verlängerung der individuellen Arbeitszeit auf bis zu 40 Stunden für 18 % der Beschäftigten.¹ Die Arbeitgeber lehnten dies nicht zuletzt wegen der von der IG Metall geforderten Sanktionsmöglichkeiten bei der Anwendung ab. In der 6. Verhandlungsrunde am 11. und 12.2. einigten sich die Tarifparteien in Baden-Württemberg dann nach 16-stündigen Verhandlungen auf folgendes **Ergebnis**:

¹ In manchen Tarifgebieten aufgrund einer anderen Definition der einbezogenen Beschäftigten bis zu 13 %. Vgl. zur Entwicklung der arbeitszeitbezogenen Flexi-Spielräume in der Metallindustrie insgesamt Bispinck (2004)

- Lohn und Gehalt
 - Nach 2 Nullmonaten (Januar und Februar) Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 1,5 % ab 1.3.2004 plus einer Einmalzahlung von 0,7 % als ERA-Strukturkomponente.
 - Stufenerhöhung von weiteren 2,0 % ab 1.3.2005 zuzüglich einer erneuten Einmalzahlung in Höhe von 0,7 % als ERA-Strukturkomponente
 - Die ERA-Tarifverträge werden zwischen dem 1.3.2005 und dem 29.2.2008 betrieblich umgesetzt.
- Arbeitszeit
 - In Betrieben, bei denen mehr als 50 % der Beschäftigten in den oberen Gehaltsgruppen (K6, K7, T6, T7, M4, M5 bzw. ab EG 14 im neuen ERA) sind, können sich Unternehmensleitung und Betriebsrat darauf verständigen, die Quote von bisher 18 % auf bis zu 50 % der Beschäftigten auszudehnen.
 - Die Tarifvertragsparteien können außerdem vereinbaren, die Quote für einen Betrieb oder Betriebsteile zu erhöhen, sofern das Innovation ermöglicht oder Fachkräftemangel herrscht.
 - Die Ausweitung der Quote darf nicht zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Betriebsräte haben die Möglichkeit, den längeren Arbeitszeiten wirksam zu widersprechen, wenn die Quote in einem Betrieb ausgeschöpft ist.
- Vereinbarung zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
 - Zur nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungsentwicklung können die Tarifvertragsparteien nach gemeinsamer Prüfung mit den Betriebsparteien ergänzende Tarifregelungen vereinbaren oder befristet von tariflichen Mindeststandards abweichen (z.B. Kürzung von Sonderzahlungen, Stundung von Ansprüchen, Erhöhung oder Absenkung der Arbeitszeit mit oder ohne vollen Lohnausgleich).
 - Die Tarifvertragsparteien prüfen nach 3 Jahren, inwieweit mit dieser Vereinbarung im Tarifgebiet angestrebte Ziele erreicht wurden und welche weiteren Handlungsnotwendigkeiten sich ergeben.

In der Großen Tarifkommission stieß das Ergebnis trotz einiger kritischer Nachfragen insgesamt auf Zustimmung. Es wurde bei 2 Gegenstimmen angenommen. In den nachfolgenden Tagen wurde das Ergebnis auch in den anderen regionalen Tarifgebieten übernommen. Schwierigkeiten traten dabei in Ostdeutschland auf. So konnten insbesondere die sächsischen Arbeitgeber erst nach langwierigen Verhandlungen zu einer Übernahme der Ergebnisse bewegt werden.

Bewertung

Die Tarifparteien hoben erwartungsgemäß unterschiedliche Aspekte des Abschlusses hervor: IG Metall-Bezirksleiter in Baden-Württemberg Jörg Hofman betonte, dass eine Steigerung der Reallöhne erreicht worden sei. Unbezahlte Arbeitszeitverlängerung habe abgewehrt werden können. Es sei eine neue Balance von Flächentarifvertrag und Betrieb definiert worden, ohne die Zuständigkeit der Tarifparteien aufzugeben. Im Gegenzug habe sich die IG Metall zur stärkeren Berücksichtigung der betrieblichen Ebene

bekannt. Gesamtmetall räumte in einer Stellungnahme ein, dass die Arbeitgeber es nicht erreicht hätten, den Betriebsparteien die Gestaltung des Arbeitszeitvolumens in die Hand zu geben. Das sei mit der IG Metall nicht zu machen gewesen. Auch nach einem Arbeitskampf wäre dieses Ziel nicht erreichbar gewesen. Gleichwohl bezeichnete Gesamtmetall das Ergebnis als einen „Paradigmenwechsel“. Sollte sich die betriebliche Praxis als nicht zufrieden stellend erweisen, werde man einen neuen Anlauf machen. Mit Blick auf die vereinbarten Tarifsteigerungen betonten die Arbeitgeber vor allem die mit 26 Monaten sehr lange Laufzeit, die ein wichtiges Instrument zur Vertrauensbildung bei Investoren und Verbrauchern darstelle.

Die Kommentierung in der Presse fiel teilweise sehr arbeitgeberkritisch aus: Ein „tarifpolitisches Waterloo“ machte die FAZ aus (13.2.2004), weil die Arbeitgeber von der IG Metall auf der ganzen Linie geschlagen worden sei. Die Arbeitgeber seien nach kraftmeierischen Ankündigungen „als Bettvorleger“ gelandet, meinte das Handelsblatt und kritisierte die Flexibilisierung in Trippelschritten. Die Süddeutsche Zeitung sprach von „gefesselten Betrieben“, die auch künftig nicht selbst über betriebliche Bündnisse entscheiden könnten.

BDA-Präsident Dieter Hundt übte offene Kollegenschelte: Die Tarifrunde habe bewiesen, dass die Tarifparteien aufgrund der Blockade der Gewerkschaften nicht in der Lage seien, die notwendige „Modernisierung“ der Tarifautonomie selbst zu vereinbaren, daher müsse der Gesetzgeber jetzt das Tarifvertragsgesetz umfassend reformieren.

Diese kritische Rezeption des Tarifergebnisses könnte zu der Schlussfolgerung verleiten, dass die IG Metall sich unter ungünstigen politischen Rahmenbedingungen hervorragend aus der Affäre gezogen hat. Doch bereits unmittelbar nach dem Tarifabschluss begannen die Auseinandersetzungen darum, welche Unternehmen die neuen Möglichkeiten des Tarifvertrags nutzen könnten. Die zwischenzeitlich bei Siemens vereinbarten Regelungen zur Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich in den Werken Kamp-Lintfort und Bocholt machen deutlich, dass die Hoffnung auf eine enge Begrenzung der Nutzung der neuen tariflichen Öffnungsklausel womöglich voreilig war. Schon ist von „Dammbruch“ die Rede und die Öffentlichkeit wird mit der Erkenntnis vertraut gemacht, „warum die Deutschen wieder mehr arbeiten müssen“ (Spiegel-Titelgeschichte vom 5.7.2004). Eine neue Debatte um die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche hat begonnen.

3.2 Chemische Industrie

Im Vergleich zur Metallindustrie nahm sich die Tarifrunde in der chemischen Industrie trotz einiger ungewohnt harscher Töne seitens der IG BCE vergleichsweise friedlich aus. Die Vergütungstarifverträge in der chemischen Industrie liefen regional unterschiedlich Ende April, Mai bzw. Juni aus. Sie hatten neben einer Pauschale von 40 € für den ersten Monat eine Anhebung der Tarifentgelte in Höhe von 2,6 % für weitere 12 Monate gebracht.

Am 10.2. beschloss der Hauptvorstand der IG BCE seine Forderungsempfehlung für die Tarifrunde 2004. Im Mittelpunkt stand dabei die Forderung nach einer Erhöhung der Einkommen um 3,5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Zur Begründung verwies die Gewerkschaft auf die anziehende Konjunktur mit prognostizierten Wachstumsraten zwischen 1 und 1,5 % und die absehbare Preissteigerungsrate von 1,4 bis 1,8 %. Außerdem sollte eine Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots im Rahmen des in der vergangenen Tarifrunde abgeschlossenen Tarifvertrags zur Ausbildungsförderung vereinbart werden. Für die chemische Industrie Ost sollte eine weitere konkrete Anhebung des Tarifniveaus ausgehandelt werden. Bereits 2002 hatten die Tarifparteien grundsätzlich eine vollständige Angleichung bis zum Jahr 2009 vereinbart.

Nach Auffassung des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) ging diese Forderungsempfehlung der Gewerkschaft „an der Realität vorbei“. Das Tarif-Tempo müsse verringert werden. Notwendig sei „eine Verschnaufpause“ bei den Personalkosten, nachdem in zwei Tarifrunden die Beschäftigten trotz Stagnation der Branche reale Einkommensverbesserungen erhalten hätten.

Der IG BCE-Vorsitzende Schmoldt reagierte vor dem Beirat seiner Organisation überraschend deutlich auf diese Äußerungen. Wer so etwas fordere, wolle eine Nullrunde. Die IG BCE werde einer „Machtprobe“ der Arbeitgeber nicht ausweichen. „Wer das gewachsene Geflecht des sozialen Ausgleichs zerstören will, muss dann auch mit den Folgen leben“ (IG BCE-Medieninformation vom 17.3.2004).

Am 20.4. begannen die Verhandlungen in den regionalen Tarifgebieten. In der 1. Runde stand erwartungsgemäß der Austausch der gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Einschätzungen im Vordergrund. Die Chemie-Arbeitgeber stellten die negative Beurteilung der wirtschaftlichen Lage durch die Mehrzahl ihrer Verbandsmitglieder heraus, die Dynamik der Tarifentwicklung müsse drastisch abgebremst werden. Die IG BCE verwies darauf, dass die Produktivitätsentwicklung der Branche höher ausfalle und die Lohnstückkostenentwicklung niedriger als im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes ausgefallen sei. In der 2. Verhandlungsrunde, die verabredungsgemäß auf Bundesebene geführt wurde, legten die Arbeitgeber noch kein Angebot vor. Aus ihrer Sicht liege der Verteilungsspielraum unterhalb der Preissteigerungsrate, die sie mit 1 % ansetzten. IG BCE-Verhandlungsführer Werner Bischoff machte deutlich, dass die Gewerkschaft über Abschlüsse unterhalb der Inflationsrate nicht verhandeln werde. Fortschritte konnten lediglich in Fragen der Ausbildungsförderung erzielt werden. Die 3. Verhandlungsrunde am 14.5. in Lahnstein führte – gemessen an diesen Äußerungen – überraschend schnell zu einer Einigung, die folgende Elemente umfasste:

- Nach einem Nullmonat Anhebung der Tarifentgelte um 1,5 % für jeweils 12 Monate, regional unterschiedlich ab 1.6./1.7./1.8.2004.
- Pauschalzahlung von 7,2 % auf der Basis der Mai-Einkommen für Beschäftigte mit Entgeltanspruch am 14.5. und (Auszubildende: oder) am 31.10.2004.

- Möglichkeit zu abweichenden Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat zur Fälligkeit, Auszahlung, Verwendungszweck sowie Kürzung oder Wegfall der Einmalzahlung.
- Keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen während der Laufzeit des Entgelttarifvertrages.
- Wiederinkraftsetzung der Regelungen über die (reduzierten) Einstellungstarife.

Zum Themenkomplex „Ausbildungsförderung“ wurde folgendes vereinbart: Im Rahmen des Tarifvertrages "Zukunft durch Ausbildung" wurde für 2005 eine Erhöhung der Ausbildungsplatzzahl um 2,0 % vereinbart; für den Herbst 2004 wurde bereits in der letztjährigen Tarifrunde eine Erhöhung von 1,7 % beschlossen. Bis 2007 soll eine Steigerung von insgesamt 7,0 % erreicht werden. Dies entspricht dem von der Kultusministerkonferenz prognostizierten Anstieg der Schulabgänger von 2003 bis 2007. Die künftigen Steigerungsraten werden zusammenhängend mit den Tarifrunden zum Entgelt verhandelt. Vor dem Hintergrund des zum damaligen Zeitpunkt im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Berufsausbildungssicherungsgesetzes stellten die Tarifvertragsparteien in einer Protokollnotiz vorsorglich die Gleichwertigkeit des Tarifvertrages mit den vorgesehenen gesetzlichen Bestimmungen fest; der Vorrang des Tarifvertrages vor dem Gesetz sollte entsprechend den gesetzlichen Regelungen beantragt werden.

In einer gesonderten Erklärung bekräftigten IG BCE und BAVC ihr „Bekenntnis zum modernisierten Flächentarifvertrag“. Darin werden noch einmal die einzelnen tariflichen Flexibilisierungsspielräume und Öffnungsklauseln aufgelistet und konstatiert, dass diese bereits „in einer Vielzahl von Fällen zum Erhalt von Standorten und zur Beschäftigungssicherung beigetragen“ hätten. Auch in Zukunft wollen die Tarifparteien eine „verantwortungsvolle Nutzung“ dieser Instrumente garantieren.

Am 2.6.2004 einigten sich die Tarifparteien auch auf einen Abschluss für die ostdeutsche Chemieindustrie. Er sieht die Übernahme der für die westdeutschen Tarifgebiete vereinbarten Entgelterhöhung von 1,5 % nach einem Nullmonat zum 1.8.2004 sowie der Einmalzahlung von 7,2 % eines Monatsentgeltes einschließlich der dazu gehörigen Öffnungsklausel vor. Zur Angleichung des Tarifniveaus Ost an das Tarifniveau Berlin-West wurden eine Stufenerhöhung von 1,7 % ab dem 1.10.2004 sowie eine weitere Erhöhung um 2,5 % ab dem 1.10.2005 vereinbart. Die reguläre Tarifierhöhung für 2005 ist noch zu verhandeln. Die Entgeltgitterstruktur in den Gruppen E5 – E8 wurde durch die Berücksichtigung weiterer Tätigkeitsjahre in den jeweiligen Gruppen verbessert. Die Ausbildungsvergütungen steigen nach 3 Nullmonaten in den 4 Ausbildungsjahren um 17/17/15/8 € auf 542/586/640/699 €

Darüber hinaus haben sich die Arbeitgeber im Bundesgebiet Ost auch zu einer Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen verpflichtet. In 2004 werden mindestens 690 Stellen angeboten, 2005 werden es 700 Plätze sein. Der Vorrang des Tarifvertrages vor den gesetzlichen Regelungen soll wie im Bundesgebiet West beantragt werden.

Die Bewertung des Abschlusses aus Sicht der IG BCE fiel positiv aus: Ein „gutes, ein chemiespezifisches Ergebnis“ konstatierte Werner Bischoff, für den das Gesamtvolumen von 2,1 % des Westabschlusses „in Ordnung“ war (IG BCE-Medieninformation vom 14.5.2004). Die Chemiearbeitgeber sind nach eigenen Angaben „angesichts der noch schwachen Konjunktur an die Grenze des Möglichen gegangen“. Aufgrund des Nullmonats und der nicht in die Tarifbasis einfließenden Einmalzahlung errechneten sie eine „niedrige Dauerbelastung von lediglich 1,3 %“ (BAVC-Pressinformation vom 14.5.2004). Beide Tarifvertragsparteien stellten vor allem die Regelungen zur Ausbildungsförderung heraus.

3.3 Deutsche Telekom AG

Die Deutsche Telekom AG hat ihren Personalbestand seit Jahren kontinuierlich abgebaut. Dabei verzichtete sie bislang auf das Mittel der betriebsbedingten Kündigung. Eine entsprechende Vereinbarung mit ver.di lief zwar noch bis zum Jahresende 2004, dennoch forderte ver.di bereits zu Beginn dieses Jahres eine Verlängerung dieses Bündnisses und damit den weiteren Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2008. In diesem Zusammenhang erklärte sich die Gewerkschaft bereit, über eine zeitlich befristete Verkürzung der Wochenarbeitszeit bis auf 32 Stunden mit klar begrenzten Auswirkungen auf die Einkommen zu verhandeln. Als Voraussetzung dafür wurde die Vereinbarung verbindlicher Schritte zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich genannt. Telekom-Arbeitsplätze sollten nach Auffassung von ver.di nicht weiter in Beteiligungsgesellschaften verlagert werden. Für die Beschäftigten in der Telekom-eigenen Beschäftigungsgesellschaft Vivento sollten die Anstellungsbedingungen nicht verschlechtert werden. Darüber hinaus forderte ver.di für die anstehenden Entgeltverhandlungen eine Tarifierhebung von 4 % ab 1.5.2004. Schließlich sollten jährlich 4.000 Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Ver.di fordert außerdem Verhandlungen über ein von ihr vorgelegtes Perspektivenkonzept, um bei der Telekom beschäftigungswirksame Innovationen zu fördern und Arbeitsplätze humaner zu gestalten.

In den ersten Verhandlungsrunden konnte erwartungsgemäß keine Verständigung über die weit auseinander liegenden Positionen erreicht werden. Die Telekom beharrte auf ihrem Vorschlag einer 10-prozentigen Arbeitszeitverkürzung bei entsprechender Entgeltkürzung sowie einer 15-prozentigen Lohnkürzung für die Vivento-Beschäftigten, die keine Arbeit haben. Die Verhandlungen wurden von bundesweiten Protesten der Beschäftigten begleitet. Sie sprachen sich insbesondere gegen die Absicht der Telekom aus, eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit ausschließlich über Lohnkürzungen zu finanzieren. Nach sechs Verhandlungsrunden erzielten die Tarifparteien am 15. März 2004 ein Ergebnis mit u.a. folgenden Bestandteilen:

- Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis zum 31.12.2008.
- Moratorium zum Personalabbau bis 2006.
- Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 38 auf 34 Stunden mit einem Teilentgeltausgleich auf der Basis von 35,5 Stunden.

- Möglichkeit zur Absenkung der Wochenarbeitszeit in Problembereichen bis auf 32 Stunden.
- Gesicherte Beschäftigungswirkung von rund 10.000 Arbeitsplätzen.
- Erhalt des bisherigen monatlichen Entgelts durch Einbeziehung des Festbetrags der Jahressonderzahlung und des Urlaubsgeldes sowie Möglichkeit eines Abschlags auf variable Vergütung.
- Entgelterhöhung von 2,7 % ab dem 1.1.2005.

Die Beschäftigten in der Vermittlungs- und Qualifizierungseinheit / Personal-Service-Agentur Vivento erhalten einen Grundschatz von 85 % des Jahresentgeltes. Bei Beschäftigung erhalten sie 100 %. Vivento muss zwingend Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb von jeweils drei Monaten bereitstellen. Danach wird in jedem Fall 100 % gezahlt.

Eine Einigung zum Thema Ausbildung erfolgte erst nach weiteren langwierigen Verhandlungen Mitte Mai. Die Telekom verpflichtete sich, im Jahr 2004 erneut rund 4.000 Ausbildungsplätze bereitzustellen. Im Gegenzug ging ver.di Kompromisse bei den Ausbildungszeiten Volljähriger und den Anstellungsbedingungen nach der Ausbildung ein. Das Weihnachtsgeld für Auszubildende wird zum Teil gestrichen. Die bisherige Verpflichtung zur befristeten Übernahme entfällt ab 2005, allerdings erklärte sich die Telekom bereit, ab 2005 10 % eines Jahrgangs in unbefristete Dauerarbeitsplätze zu übernehmen, und strebt darüber hinaus an, 50 % der Ausbildungsabsolventen 2004 intern oder extern zu vermitteln. Die Telekom verzichtet auf die Ausgründung der Ausbildung.

Die Gesamtbewertung dieses Abschlusses durch ver.di fiel positiv aus. Verhandlungsführer Franz Tremel wies darauf hin, dass dem Abschluss auch im Zusammenhang mit der Debatte um längere Arbeitszeiten große Bedeutung zukomme. Das Ergebnis belege, „dass mit Wochenarbeitszeitverkürzungen Beschäftigung gesichert und dazu ein Entgeltausgleich erstritten werden kann.“ (ver.di-Pressemeldung vom 16.3.2004, vgl. ausführlich Schröder [2004], Ein Tarifabschluss wider den Zeitgeist). Die Deutsche Telekom hob in ihrer Bewertung die moderate Belastung der Tarifsteigerung (8 Nullmonate und weitere 15 Monate Laufzeit mit 2,7 %) und die Absenkung der Gehälter der Vivento-Beschäftigten auf 85 % hervor.

3.4 RedakteurInnen an Tageszeitungen

Bei den rund 13.000 RedakteurInnen an den Tageszeitungen knirscht es bereits seit zwei Jahren im Tarifgebälk. Der Mitte 2002 ausgelaufene Tarifvertrag konnte erst nach acht Monaten im April 2003 erneuert werden, mit einer mageren Tarifierhöhung von 2,1 % nach vier Nullmonaten mit einer Laufzeit bis Ende Juli 2003. Fristgemäß kündigten die Journalisten-Gewerkschaften Ende Juni 2003 diesen Gehaltstarifvertrag für RedakteurInnen an Tageszeitungen. Angesichts der Branchenkrise verzichteten sie auf eine bezifferte Gehaltsforderung und verlangten stattdessen einen Abschluss, der sich an der Einkommensentwicklung der Branche bzw. an der Inflationsrate orientieren sollte. Au-

ßerdem sollte ein Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für Verlage, die nachweislich in einer wirtschaftlichen Notlage sind, abgeschlossen werden mit Regelungen, wie sie bereits seit Jahren für die Verlagsangestellten und Drucker gelten. Schließlich sollte der seit Januar 2003 gekündigte und nur noch in der Nachwirkung befindliche Manteltarifvertrag wieder in Kraft gesetzt werden.

Die Arbeitgeber lehnten diese Forderungen ab und stellten ihrerseits Forderungen auf, die letztlich auf eine deutliche Verschlechterung der tariflichen Regelungen und Leistungen hinausliefen: Reduzierung des Urlaubsgeldes und der Urlaubstage, eine Verlängerung der Arbeitszeit sowie eine Gehaltskürzung durch Veränderungen bei der Anrechnung von Berufsjahren. Die Gewerkschaften lehnten diese Eingriffe in den Manteltarifvertrag ab. Nach mehrmonatigen ergebnislosen Verhandlungen erklärten sie Mitte Januar das Scheitern. In den folgenden Urabstimmungen sprachen sich weit über 90 Prozent der JournalistInnen für Arbeitskampfmaßnahmen aus. Es fanden in zahlreichen Redaktionen an wechselnden Tagen Streiks statt, an denen sich mehrere tausend RedakteurInnen beteiligten. Die Arbeitgeber legten Anfang Februar ein verändertes Forderungspaket vor, das neben Einschnitten im Manteltarifvertrag im Gehaltsbereich nach 12 (!) Nullmonaten im zweiten Jahr eine Erhöhung von 1 % vorsah. Die Gewerkschaften legten ihrerseits ein Angebot vor, das eine befristete Reduzierung des Urlaubsgeldes auf 85 %, eine altersgestaffelte Reduzierung des Urlaubs und eine stufenweise Erhöhung der Gehälter um 1 % ab Juni 2004 und weitere 1,5 % ab Februar 2005 vorsah.

Am 25.2. gelang dann in der 8. Verhandlungsrunde endlich eine Einigung. Die Gehälter wurden nach 10 Nullmonaten ab dem 1.6.2004 um 1,3 % erhöht. Der Gehaltstarifvertrag hat eine Laufzeit von zwei Jahren bis Ende Juli 2005. Während der Laufzeit wird eine Arbeitsgruppe Gespräche zu einer neuen Berufsgruppenstruktur aufnehmen. Abstriche müssen die RedakteurInnen beim Urlaubsgeld und bei der Zahl der Urlaubstage machen. Das im Manteltarifvertrag geregelte Urlaubsgeld wurde auf 80 % gekürzt. Bei den Urlaubstagen gibt es folgende Regelung: RedakteurInnen unter 40 Jahren erhalten 30 Tage Urlaub, ab 40 gibt es 32 Tage, ab 50 liegt der Urlaubsanspruch bei 33 Tagen und ab 55 bei 34 Tagen. Die Gewerkschaft wollte ursprünglich die Spitze eines Urlaubsanspruchs von 35 Tagen beibehalten. Immerhin konnte der Manteltarifvertrag mit einigen Veränderungen wieder in Kraft gesetzt werden. Ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke wertete das Ergebnis als Ausdruck der realen Kräfteverhältnisse. Ohne die Unterstützung der 3.000 Streikenden wäre es nicht erreichbar gewesen. In den Urabstimmungen zur Annahme oder Ablehnung des Tarifergebnisses stimmten 67 % der verdi-Mitglieder und 66,1 % der Mitglieder des Deutschen Journalistenverbandes für die Annahme des Ergebnisses.

Dieser Tarifkonflikt ist in der jüngeren Tarifgeschichte ohne Beispiel. Selbst in krisengeschüttelten Branchen haben die Tarifparteien immer noch Lösungen gefunden, die den Interessen beider Seiten Rechnung getragen haben. Ein Beispiel sind die seit Mitte der 90er Jahre vielfach abgeschlossenen Beschäftigungssicherungstarifverträge, die den Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Phasen über die Verkürzung der Arbeitszeit

ohne Lohnausgleich eine deutliche Senkung des Kostenvolumens erlauben und den Beschäftigten die Arbeitsplätze sichern. Die Zeitungsverleger lehnten diese erprobten Möglichkeiten der Krisenbewältigung ab, erklärten befristete Lohnpausen und moderate Lohnerhöhungen unterhalb der Preissteigerungsrate für unzureichend und setzten sich so dem Verdacht aus, dass es ihnen vorrangig um eine Machtprobe, nicht aber um einen tragfähigen Kompromiss ging. Die hohe Mobilisierung und Streikbereitschaft der JournalistInnen zeigt zweifelsohne, dass sie genau dies auch erkannt hatten.

4. Ausblick

Bei Redaktionsschluss dieses Berichtes waren in manchen Tarifbereichen die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Insbesondere im Bauhauptgewerbe suchten die Tarifparteien noch nach Lösungen. Im zweiten Halbjahr stehen noch Tarifverhandlungen für zahlreiche kleinere und mittlere Tarifbereiche an. Dazu zählen u.a. die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie, die Recycling- und Entsorgungswirtschaft, die Kautschukindustrie, Teile der Energiewirtschaft und Volkswagen. Das Jahr 2005 startet dann mit dem öffentlichen Dienst, wo der Abschluss von 2003 Ende Januar ausläuft.

Literatur:

Bispinck, Reinhard, WSI-Tarifarchiv (2003): Harte Verteilungskonflikte - Tarifpolitischer Jahresbericht 2002, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf Januar 2003 (Kurzfassung in: WSI-Mitteilungen 2/2003).

Bispinck, Reinhard, WSI-Tarifarchiv (2004), Tarifpolitischer Jahresbericht 2003: Konflikt um Tarifautonomie – Kampf um Lohnprozente, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf (Kurzfassung in: WSI-Mitteilungen 2/2004).

Bispinck, Reinhard (2004), Kontrollierte Dezentralisierung der Tarifpolitik - Eine schwierige Balance, in: WSI-Mitteilungen Heft 5/2004.

Schröder, L. (2004): Ein Tarifabschluss wider den Zeitgeist – Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung, in: Sozialismus, Heft 6/2004.

WSI-Konjunkturbericht (2003): Klaus Bartsch, Eckhard Hein, Dierk Hirschel, Bernd Mülhaupt, Achim Truger, WSI-Konjunkturbericht 2003: Mit koordinierter Makropolitik gegen die Stagnation!, in: WSI-Mitteilungen Heft 12.

Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2004

Schaubilder:

Tarfniveau Ost/West in %
Erhöhung der Tarifverdienste 2004

Tabellen:

Tabelle 1 a:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
Deutschland aus der Tarifrunde 2004 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 1 b:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
West aus der Tarifrunde 2004 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 1 c:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
Ost aus der Tarifrunde 2004 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 2 a:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2004

Tabelle 2 b:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste West 2004

Tabelle 2 c:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Ost 2004

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung in Ost und West zum 20.6.2004

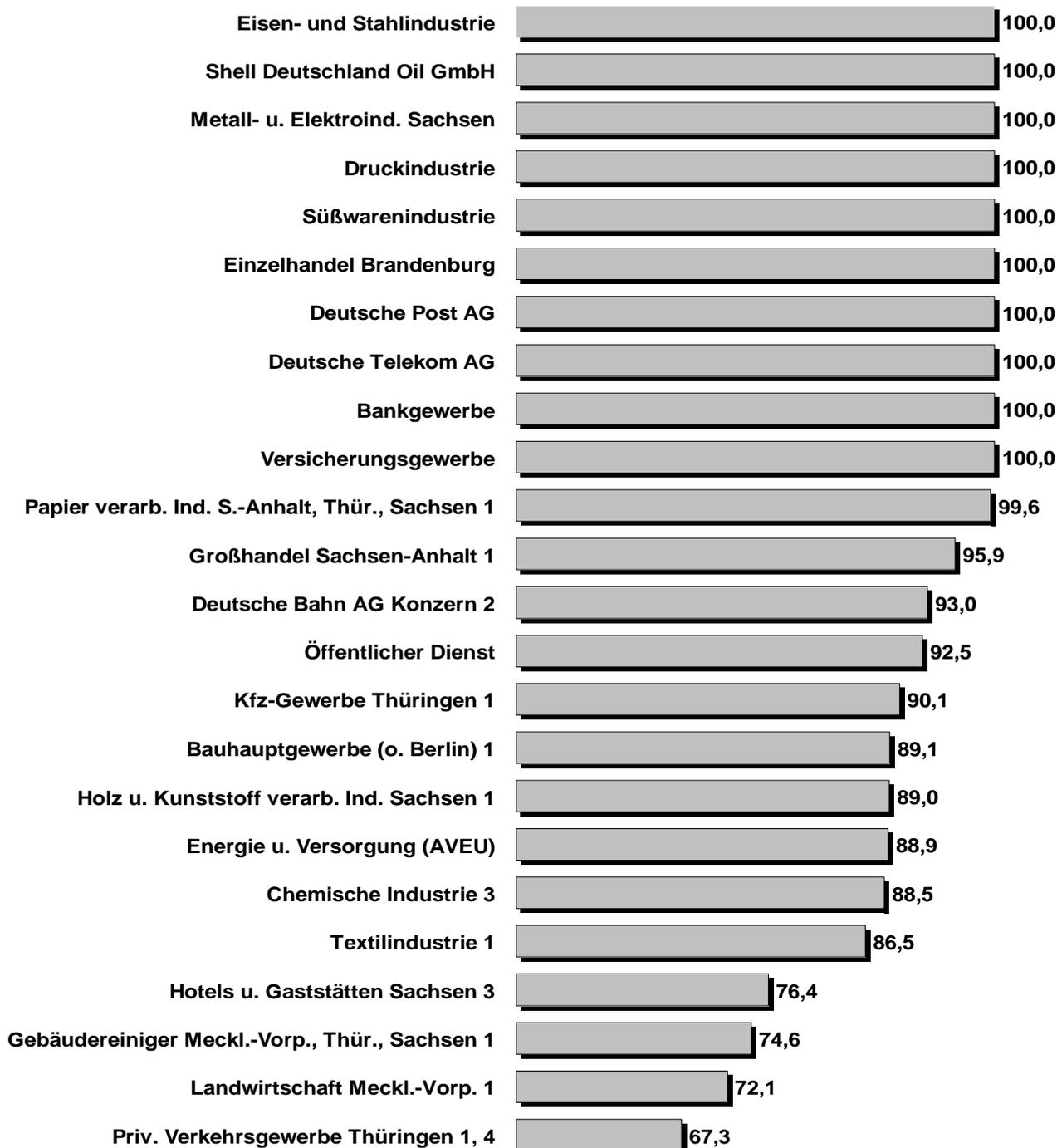
Tabelle 4:

Tarfniveau Ost/West zum 20.6.2004 und weitere Tarifsteigerungen

Übersicht:

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2004

Tarfniveau Ost/West in %*



* mittlere Gruppe, Endstufe

1 nur Lohn

2 hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG,
DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG

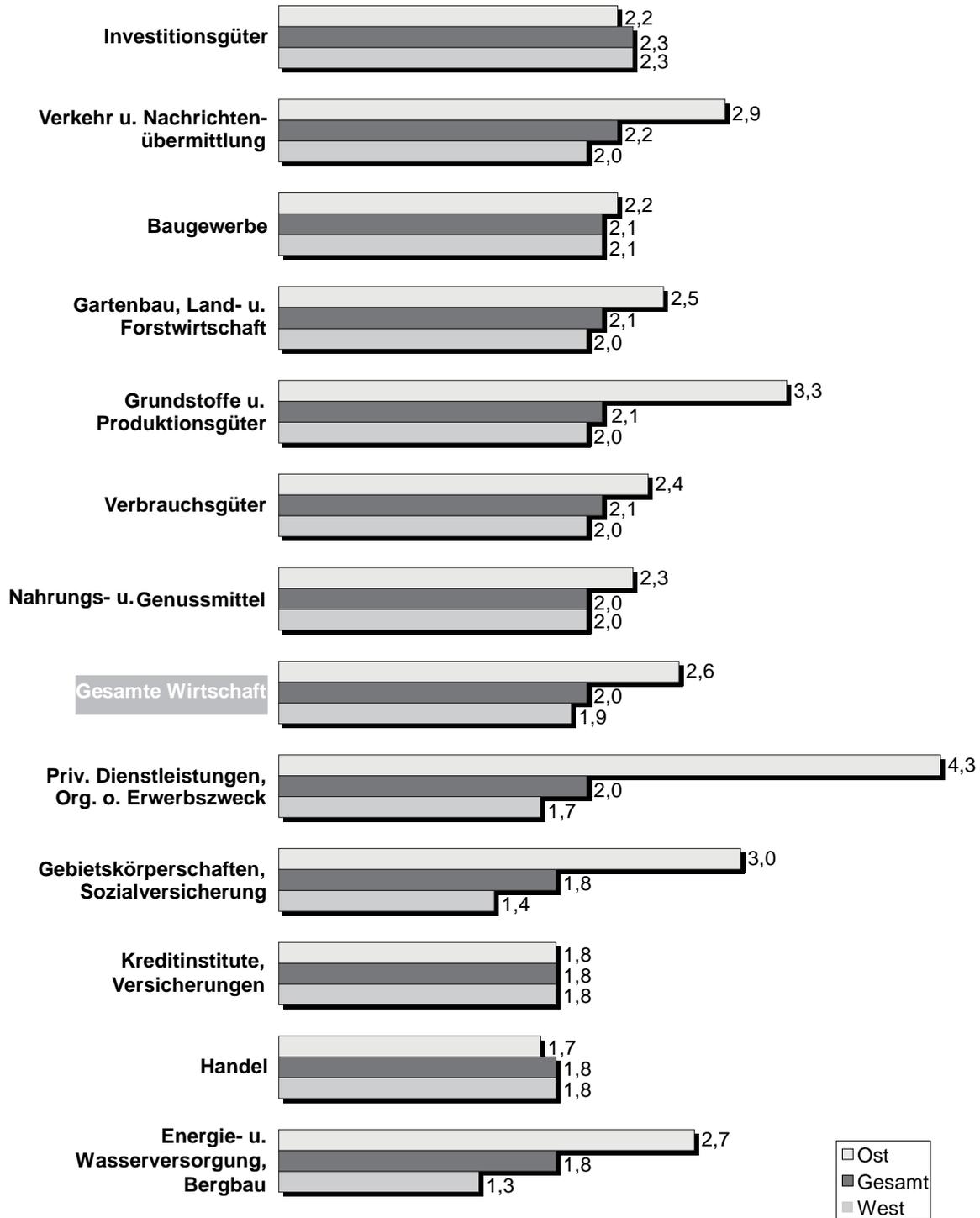
3 Eingangsstufe

4 Spedition und Güterverkehr

Stand: 20.06.2004

Erhöhung der Tarifverdienste 2004

Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr in %
- Wirtschaftsbereiche -



Stand: 20.06.2004

WSI Hans Böckler
Stiftung

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2004 (vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴	Lohn tariff- verträge		Gehaltstarif- verträge		Entgelttarif- verträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate- in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	davon: im 1. Halbj. 2004 in Kraft getr. Tarifer- höhg.	davon begüns- tigte AN
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2	4,5	2	4,5	-	-	4	4,5	2,7	4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	6	2,2	2	2,6	54	1,7	62	1,8	1,0	55
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	84	2,0	32	2,0	599	1,8	715	1,8	1,5	406
Investitionsgütergewerbe	2.101	3,4	1.335	3,5	209	2,4	3.645	3,4	1,5	3.639
Verbrauchsgütergewerbe	258	1,9	101	1,8	14	1,5	373	1,8	1,6	363
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	14	2,1	8	2,1	83	2,4	105	2,3	2,3	94
Baugewerbe	143	4,3	39	1,7	-	-	182	3,7	2,6	143
Handel	2	1,9	1	1,9	22	1,8	25	1,8	1,8	15
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	60	4,4	24	4,1	181	4,7	265	4,6	2,0	52
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	4	2,7	4	2,7	1,3	4
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	56	3,5	37	2,5	53	1,6	146	2,6	2,0	97
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	11	2,2	25	1,3	-	-	36	1,6	1,8	36
Gesamte Wirtschaft	2.737	3,3	1.606	3,3	1.219	2,4	5.562	3,1	1,6	4.908

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkraft-Treten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

**Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
aus der Tarifrunde 2004 (vorläufige Ergebnisse)**
- AN in Tarifbereichen ab 1.000 Beschäftigten (in 1000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohn tariff- verträge		Gehaltstarif- verträge		Entgelttarif- verträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate- in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	begüns- tigte AN ^{1,6}	Erhö- hungs- rate in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	davon: im 1. Halbj. 2004 in Kraft getr. Tarifer- höhg.	davon begüns- tigte AN
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	2	4,5	2	4,5	-	-	4	4,5	2,7	4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-	-	-	-	49	1,1	49	1,1	0,0	42
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	78	1,9	31	1,9	562	1,5	671	1,6	1,5	399
Investitionsgütergewerbe	1.881	3,4	1.242	3,5	184	2,2	3.307	3,4	1,5	3.301
Verbrauchsgütergewerbe	215	1,6	88	1,6	-	-	303	1,6	1,5	293
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	10	2,1	6	2,1	68	2,4	84	2,3	2,3	73
Baugewerbe	109	4,3	30	1,7	-	-	139	3,7	2,6	109
Handel	2	1,9	1	1,9	15	1,7	18	1,7	1,6	8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	60	4,4	24	4,1	123	4,9	207	4,7	2,3	29
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	4	2,7	4	2,7	1,3	4
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	41	3,4	30	2,1	51	1,6	122	2,3	1,9	79
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	11	2,2	24	1,3	-	-	35	1,6	1,8	35
Gesamte Wirtschaft	2.409	3,3	1.478	3,3	1.056	2,1	4.943	3,0	1,5	4.376

- 1) Einschließlich Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim In-Kraft-Treten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

**Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge
aus der Tarifrunde 2004 (vorläufige Ergebnisse)**
- AN in Tarifbereichen ab 500 Beschäftigten (in 1000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohn tariff- verträge		Gehaltstarif- verträge		Entgelttarif- verträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate- in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	begüns- tigte AN	Erhö- hungs- rate in %	davon: im 1. Halbj. 2004 in Kraft getr. Tarifer- höhg.	davon begüns- tigte AN
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Energie- und Wasser- versorgung, Bergbau	6	2,2	2	2,6	5	7,3	13	4,2	2,4	13
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	6	3,4	1	3,4	37	5,8	44	5,4	1,6	7
Investitionsgütergewerbe	220	3,5	93	3,5	25	3,8	338	3,5	1,5	338
Verbrauchsgütergewerbe	43	3,1	13	3,1	14	1,5	70	2,7	1,9	70
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	4	2,0	2	2,0	15	2,3	21	2,2	2,2	21
Baugewerbe	34	4,1	9	1,7	-	-	43	3,6	2,6	34
Handel	-	-	-	-	7	1,9	7	1,9	1,9	7
Verkehr und Nach- richtenübermittlung	-	-	-	-	58	4,3	58	4,3	1,6	23
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	15	3,8	7	4,5	2	2,4	24	3,9	2,3	18
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	-	-	1	1,3	-	-	1	1,3	2,1 ⁴	1
Gesamte Wirtschaft	328	3,5	128	3,3	163	4,1	619	3,6	1,7	532

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim In-Kraft-Treten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 4) Differenz zur Erhöhungsrunde von 1,3 % ergibt sich aus In-Kraft-Treten der Tarifierhöhung und Niveaustufe in 2004 und AZ-Verkürzung mit abgesenkter Tariftabelle in 2005.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2004¹
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)²
 - AN in Tarifbereichen ab 500 (Ost) bzw. 1.000 (West) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	29	2,0	4	2,8	-	-	33	2,1
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	41	1,3	15	1,4	119	2,0	175	1,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	230	1,6	95	1,6	614	2,4	939	2,1
Investitionsgütergewerbe	2.192	2,3	1.391	2,3	209	2,3	3.792	2,3
Verbrauchsgütergewerbe	461	2,1	218	2,0	39	2,2	718	2,1
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	46	1,8	44	1,7	68	2,4	158	2,0
Baugewerbe	231	2,4	57	1,0	-	-	288	2,1
Handel	751	1,8	2.486	1,8	36	1,9	3.273	1,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	133	2,2	56	1,9	483	2,3	672	2,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	242	1,8	242	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	225	2,2	299	2,2	273	1,9	797	2,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	579	1,5	2.053	1,8	53	3,1	2.685	1,8
Gesamte Wirtschaft	4.918	2,1	6.718	1,9	2.136	2,2	13.772	2,0

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2004 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2003 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2004¹
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)
 - AN in Tarifbereichen ab 1.000 Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	23	1,8	4	2,9	-	-	27	2,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	35	1,1	13	1,3	65	1,4	113	1,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	200	1,6	85	1,6	570	2,2	855	2,0
Investitionsgütergewerbe	1.952	2,3	1.293	2,3	184	2,3	3.429	2,3
Verbrauchsgütergewerbe	389	2,0	194	1,9	13	1,8	596	2,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	42	1,8	42	1,7	57	2,4	141	2,0
Baugewerbe	174	2,4	45	1,0	-	-	219	2,1
Handel	641	1,8	2.170	1,8	29	1,9	2.840	1,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	130	2,2	54	1,9	340	2,0	524	2,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	225	1,8	225	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	183	1,8	240	1,4	267	1,9	690	1,7
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	485	1,2	1.544	1,4	39	2,5	2.068	1,4
Gesamte Wirtschaft	4.254	2,0	5.684	1,8	1.789	2,1	11.727	1,9

1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2004 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2003 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2004¹
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)
 - AN in Tarifbereichen ab 500 Beschäftigten (in 1.000)² -

Wirtschaftsbereich ³	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	6	2,6	0	1,5	-	-	6	2,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	6	2,1	2	2,0	54	2,8	62	2,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	30	1,9	10	2,0	44	4,5	84	3,3
Investitionsgütergewerbe	240	2,2	98	2,3	25	2,4	363	2,2
Verbrauchsgütergewerbe	72	2,5	24	2,4	26	2,4	122	2,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	4	2,4	2	2,4	11	2,3	17	2,3
Baugewerbe	57	2,4	12	1,0	-	-	69	2,2
Handel	110	1,8	316	1,7	7	2,1	433	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3	2,7	2	2,9	143	2,9	148	2,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	17	1,8	17	1,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	42	4,1	59	4,6	6	2,5	107	4,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	94	2,8	509	3,0	14	5,0	617	3,0
Gesamte Wirtschaft	664	2,4	1.034	2,6	347	3,0	2.045	2,6

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2004 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2003 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer den Abgrenzungen der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergütungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.228	1.703	72,1
	G	1.177	1.613	73,0
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.297	2.585 ³	88,9
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L	1.613	1.613	100,0
	G	1.804	1.804	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E ⁴	1.837 ⁵	2.075 ⁵	88,5
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	2.910	2.910	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	L	1.825	1.825	100,0
	G	2.243	2.243	100,0
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.693	L: 1.878 G: 2.407	90,1 70,3
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.699	L: 1.911 G: 2.292	89,0 74,1
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	1.907	1.915	99,6
	G	2.213	2.213	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.269	2.269	100,0
	G	2.397	2.397	100,0
Textilindustrie Ost/Baden-Württemberg	L	1.441	1.665	86,5
	G	1.695	2.280	74,3
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	1.982	2.077	95,4 ⁶
Bauhauptgewerbe Ost (o. Berlin-Ost)/ West (o. Berlin-West)	L ⁷	2.043	2.292	89,1
	G ⁷	1.653	1.852	89,3
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L ⁸	1.929	2.011	95,9
	G ⁸	1.801	1.964	91,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	1.917	1.917	100,0
	G	1.922	1.922	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern ⁹ Ost/West	E	1.616	1.737	93,0
Deutsche Post AG	E	1.968	1.968	100,0
Deutsche Telekom AG	E ¹⁰	2.438 ¹¹	2.438 ¹¹	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.135	L: 1.687 G: 2.009	67,3 56,5
Bankgewerbe Ost/West	E ¹²	2.402	2.402	100,0
Versicherungsgewerbe Ost/West	E	2.289	2.289	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁴	1.240	1.624	76,4
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L ¹³	1.422	1.905	74,6
	G	2.141	2.141	100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Arb.: Bund, Länder, Gemeinden Ang.: Gemeinden	L	1.882	2.035	92,5
	G ¹⁴	1.833	1.982	92,5

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung; Beträge ggf. gerundet.
- 3) Zzgl. 2,5 %/Mon. als individuell garantierte Zulage für am 30.06.03 beschäftigte AN.
- 4) Eingangsstufe.
- 5) 1,5 % ab 01.07.04 (Berlin) bzw. 01.08.04 (Ost).
- 6) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
- 7) Stand 31.03.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 8) 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.04 bzw. 01.08.04 (Sachsen-Anhalt).
- 9) Hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 10) Aufgrund der AZ-Verkürzung von 38 auf 34 Std./W. zur Beschäftigungssicherung angepasste Entg.-Tabelle auf Basis einer 35,5-Std.-Woche sowie Integrierung des U-Geldes und des Festbetrages der SZ.
- 11) Unter Vorbehalt der endgültigen Freigabe durch die TV-Parteien.
- 12) Stand 31.05.04, Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 13) Neue Lohnstruktur ab 01.04.04.
- 14) Grundvergütung und Ortszuschlag unterste Stufe und allgemeine Zulage.

Tarifniveau Ost/West zum 20.06.2004 und weitere Tarifsteigerungen gemäß Stufenplänen bzw. Stufenerhöhungen

Tarifbereich ¹	Ver- gü- tungs- art	Grundvergütung		Weitere Steigerungen in Tarifbereichen mit Stufenplänen bzw. Stufenerhöhungen auf.....% des entsprechenden Westbereichs/ in Kraft ab Monat/Jahr							Kündigungs- termin**		
		in €	in % West	60	65	70	75	80	85	90		95	100
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	L G	1.228 1.177	72,1 73,0										31.08.04
Energie- und Versorgungs- wirtschaft (AVEU)	E	2.297	88,9										31.12.04
Eisen- und Stahlindustrie	L G	1.613 1.804	100,0 100,0										31.03.05 31.03.05
Chemische Industrie²	E	1.837	88,5							90,0 10/04	92,5 10/05	2009 ³	31.07.05
Mineralölverarbeitung Shell Deutschland Oil GmbH	E	2.910	100,0										30.06.04
Metall- und Elektroindustrie Sachsen	L G	1.825 2.243	100,0 100,0										28.02.06 28.02.06
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.693	L: 90,1 G: 70,3										31.05.05
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen	E	1.699	L: 89,0 G: 74,1										28.02.05
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	L G	1.907 2.213	99,6 100,0										31.03.05 31.03.05
Druckindustrie Ang.: ohne Berlin und Brandenburg	L G	2.269 2.397	100,0 100,0										31.03.05 31.03.05
Textilindustrie	L G	1.441 1.695	86,5 74,3							88,4 76,0 10/04			31.12.04 31.12.04
Süßwarenindustrie	E	1.982	100,0										30.11.04
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin)	L G	2.043 1.653	89,1 89,3										31.03.04 ⁴ 31.03.04 ⁴
Großhandel Sachsen-Anhalt	L G	1.929 1.801	95,9 ⁵ 91,7 ⁵										30.04.05 30.04.05
Einzelhandel Brandenburg	L G	1.917 1.922	100,0 100,0										30.06.05 30.06.05
Deutsche Bahn AG Konzern⁶	E	1.616	93,0									9/05 bzw. 9/06 ⁷	28.02.05
Deutsche Post AG	E	1.968	100,0										30.04.06
Deutsche Telekom AG	E	2.438 ⁸	100,0										31.03.06
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)	E	1.135	L: 67,3 G: 56,5										31.03.06
Bankgewerbe	E	2.402	100,0										31.05.04 ⁴
Versicherungsgewerbe	E	2.289	100,0										30.09.05
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E ²	1.240	76,4										30.06.04
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Sachsen, Thüringen Ang.: Berlin-Ost	L G	1.422 2.141	74,6 100,0				75,0 1/05						31.12.05 31.12.04
Öffentlicher Dienst	L G	1.882 1.833	92,5 92,5								2007 bzw. 2009 ⁹		31.01.05 31.01.05

* Mittlere Gruppe (Endstufe)

** Kündigungstermin der Vergütungstarifverträge bzw. der Stufenpläne

- 1) Vergleichsbereiche West s. Tabelle 3.
- 2) Eingangsstufe.
- 3) 100 % des Tarifniveaus Berlin-West bis 2009 durch noch zu vereinbarende Stufen.
- 4) Neuabschluss liegt noch nicht vor.
- 5) Vergleichsbereich: NRW (Niedersachsen: 94,8 % Lohn, 94,4 % Gehalt).
- 6) Hier die Unternehmen DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
- 7) 100 % für AN der Entg.Gr. E1 - E11, Stufen 1 und 2 ab 1.9.05, Stufe 3 ab 01.09.06; für AN der Entg.Gr. AT1 - AT4 ab 01.09.05.
- 8) Unter Vorbehalt der endgültigen Freigabe durch die TV-Parateien.
- 9) 100 % Angleichung bis 31.12.07 für Arb. und Ang. (X bis Vb, Kr. I bis VIII), übrige Ang. bis 31.12.09 durch noch zu vereinbarende Stufen.

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2004

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2004 auch Stufenerhöhungen für 2004, die bereits in den Tarifrunden 2002/2003 vereinbart wurden.

Bankgewerbe/Genossenschaftsbanken, 454 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.04 aus Abschluss 2002/2003, Laufzeit bis 31.05.04.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 558 500 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: nach einem Nullmonat (jew. 1. Monat) 1,5 %, regional unterschiedlich ab 01.06., 01.07. und 01.08.2004 für weitere 12 Monate (ohne AV). 7,2 % eines ME auf der Basis der bisherigen Entgelte als zusätzliche Einmalzahlung mit u.a. Möglichkeit zur Kürzung oder Wegfall aus wirtschaftlichen Gründen. Gesamtlaufzeit: 13 Monate bis 31.05., 30.06. und 31.07.2005.
- *Sonstiges*: Erhöhung der Ausbildungsplatzzahlen um 1,7 % in 2004, um 2,0 % im Ausbildungsjahr 2005; Verabredung künftiger Steigerungen (insg. 7,0 % bis Ende 2007) bei Entgelt-Tarifrunden.

Ost, 37 000 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: nach einem Nullmonat (Juli) 1,5 % ab 01.08.04, 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.10.04 sowie weitere 2,5 % ab 01.10.05 (neben der noch zu verhandelnden Tarifierhöhung für 2005) jeweils als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin-West; verbesserte Entgeltgitterstruktur; Regelungen zur Einmalzahlung wie West.
- *Sonstiges*: AG-Verpflichtung zum Angebot von mind. 690 / 700 Ausbildungsplätzen in 2004 / 2005.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service; bis 31.05.99 Deutsche Bahn AG), 159 000 AN (Transnet)

- *Entgelt*: 3,2 % ab 01.05.04, Tarifniveaueanpassung Ost: von 93 auf 100 % ab 01.09.05/06, gestaffelt nach Entg.Gr., jew. aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 28.02.05.

Deutsche Post AG, 142 000 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 130 € Pauschale insg. für Mai bis Oktober, 2,7 % ab 01.11.04, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.11.05, Laufzeit bis 30.04.06.
- *Sonstiges*: Verlängerung des Altersteilzeit-TV, befristet bis 31.12.06 ohne Nachwirkung.

Deutsche Telekom AG, 70 000 AN (ver.di)

- *Entgelt/Arbeitszeit/Sonderzahlung*: AZ-Verkürzung von 38 auf 34 Std./W. unter Anpassung der Entg.-Tabelle auf Basis einer 35,5-Std.-Woche sowie Integrierung von U-Geld und Festbetrag der SZ, Möglichkeit zum Erhalt des bisherigen ME durch Abschlag auf variable Vergütung; garantierte volle Beschäftigungswirkung; für Betriebsteile und Regionen Möglichkeit eines befristeten Absenkkorridors auf bis zu 32 Std./W. mit festgelegter Entgeltwirkung; 2,7 % ab 01.01.05, Laufzeit bis 31.03.06.
- *Sonstiges*: Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen, befristet bis 31.12.08 ohne Nachwirkung; Einrichtung eines Härtefallfonds; Moratorium zum Personalabbau, Verpflichtung zur Aufnahme von Tarifverhandlungen bei Notwendigkeit durch Markt- und Wettbewerbsentwicklung ab 2006; für Beschäftigte in der Vermittlungs- und

Tarifabschlüsse 2004

Qualifizierungseinheit / Personal Service Agentur 85/100 % Jahreszielentgelt für AN ohne/mit Beschäftigung ab 01.07.04, AG-Verpflichtung zu Beschäftigungsangeboten innerhalb von jew. 3 Mon.; Erhalt der Ausbildungsquote für 2004 (4.000), als Ziel in- oder externe Vermittlung von 50 % der Ausgebildeten des Prüfungsjahrgangs 2004, unbefristete Übernahme von 10 % der Ausgebildeten ab 01.01.05.

Druckindustrie, 204 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.03.05.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 461 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.04 (zusätzliche Anhebung um 5 € für das Endgehalt VerkäuferIn ab 01.03.05), 75 € insg. zusätzliche Einmalzahlung für April bis Juni 2004 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.03.05.

Weitere vergleichbare Stufenerhöhungen in den übrigen westlichen Tarifgebieten (in einigen regionalen Tarifgebieten keine zusätzlichen Einmalzahlungen).

Ost, 313 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: regional unterschiedlich 1,7 % bzw. 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.08/01.09/01.10./01.11./01.12.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 30.06.05 (Thüringen, Sachsen bis 30.04.05).

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, 84 800 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 1,7 % ab 01.01.04 aus Abschluss 2003, 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.11.04, Laufzeit bis 31.03.05.

Ost, 12 600 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: Abschluss wie West.

Energiewirtschaft Ost (AVEU), 28 000 AN (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt*: 2,7 % ab 01.01.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.12.04.

Gebäudereinigerhandwerk West und Ost, 350 900 Arb. (IG BAU)

- *Lohn*: West, Berlin-West und -Ost: 2,5 %, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen: 3,0 %, jew. ab 01.01.05 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.12.05.

Groß- und Außenhandel NRW, 314 600 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn- und Gehalt*: 132 € Pauschale insg. für April bis Juni 2004, 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.07.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.03.05.

Sachsen-Anhalt, 17 200 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt*: 105 € Pauschale insg. für Mai bis Juli 2004, 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.08.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 30.04.05.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 60 100 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 1,5 % ab 01.05.04, Laufzeit bis 30.04.05.

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 124 400 AN (NGG)

- *Entgelt:* 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.03.05.

Kfz-Gewerbe NRW, 72 700 AN (IGM/ver.di)

- *Entgelt:* nach einem Nullmonat (März) und 30 € Pauschale jeweils für April und Mai, 2,2 % ab 01.06.04, Laufzeit bis 28.02.05.
- *Arbeitszeit:* Möglichkeit der AZ-Verlängerung von 36,5 auf bis zu 40 Std./W. für max. 18 %, mind. jedoch 3 AN; Erweiterung des AZ-Korridors um 2 auf 29 - 42 Std./W. sowie Ausdehnung des Ausgleichszeitraumes von 12 auf 15 Mon. mit Festlegung von max. 146 Plus-/60 Minusstunden; Möglichkeit der AZ-Verlängerung um max. 22 Std. innerhalb 15 Mon. aufgrund vom AG angeordneter Weiterbildungsmaßnahmen.

Thüringen, 11 000 AN (IGM)

- *Entgelt:* 1,4 % ab 01.04.04, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.12.04, Laufzeit bis 31.05.05.

Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern, 19 000 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Sonstiges:* Abschluss eines TV zur betrieblichen Altersvorsorge ab 01.05.04 mit u.a. AG-Zuschuss von 20 €/Mon. bei AN-Leistung in gleicher Höhe, Laufzeit bis 31.12.13.

Metallindustrie, 3 266 500, Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt/Entgelt:* nach 2 Nullmonaten 1,5 % ab 01.03.04, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.03.05 und jeweils Auszahlung einer zusätzlichen ERA-Strukturkomponente von 0,7 % in fünf Einmalzahlungen; Möglichkeit des Fortfalls oder der Absenkung der ERA-Strukturkomponenten in den östlichen Tarifgebieten (ohne Sachsen-Anhalt), in Berlin-West und den Tarifgebieten der Küste mit Zustimmung der TV-Parteien; Laufzeit bis 28.02.06.
- *Entgeltrahmen-TV:* Thüringen, Osnabrück: Abschluss eines Entgeltrahmenabkommens bzw. ERA-TV mit einheitlichen Entgeltregelungen für Arb. und Ang.
- *Arbeitszeit/Sonstiges:* Möglichkeit der Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung mit Erweiterung der sog. Quotenregelung von 18 bzw. 13 % auf max. 50 bzw. 45 % der AN für AZ-Verlängerung auf bis zu 40 Std./W. für Betriebe mit einem hohen Anteil oberer Gehaltsgruppen (mehr als 50 % der AN); Möglichkeit der Vereinbarung von ergänzenden Tarifregelungen und befristeten Abweichungen tariflicher Mindeststandards nach gemeinsamer Überprüfung von TV- und Betriebsparteien; in einigen Tarifgebieten Verhandlungsverpflichtung über AZ-Konten mit erweiterten Gestaltungsspielräumen für die Betriebsparteien.
- *Sonstiges:* Bayern: Verlängerung des TV zur Beschäftigungssicherung bis 31.12.08; Sachsen-Anhalt: Abschluss eines TV über Standort und Beschäftigungssicherung; Berlin (-West und -Ost)/Brandenburg: Wiederinkraftsetzung des TV zu betrieblichen Sonderregelungen.

Öffentlicher Dienst Bund, Länder und Gemeinden, 2 351 900 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.04, 1,0 % weitere Stufenerhöhung ab 01.05.04, Laufzeit bis 31.01.05; zusätzliche Einmalzahlung im November 2004 von 50/46,25 € West/Ost; Tarifniveaueanpassung Ost von 91 auf 92,5 % ab 01.01.04; 100 %-Angleichung an Tarifniveau West für die Lohn- und Gehaltsgruppen X bis V b (bzw. Kr. I bis VIII) bis 31.12.07, für die übrigen bis 31.12.09; die noch zu vereinbarenden Stufen bleiben den nächsten Verhandlungen vorbehalten; Abschluss jeweils aus der Tarifrunde 2002.

Tarifabschlüsse 2004

Papier verarbeitende Industrie, 77 000 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.06.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.03.05.

Privates Verkehrsgewerbe Thüringen, 19 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* Spedition und Güterverkehr: 1,5 % ab 01.04.04, 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.05; Logistikunternehmen: 2,5/2,0 % Entg.Gr. 1 - 3/4 - 6 ab 01.04.04, 2,3/1,8 % Stufenerhöhung Entg.Gr. 1 - 3/4 - 6 ab 01.04.05, Laufzeit jew. bis 31.03.06.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 41 500 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt:* 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.04 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 31.12.04.

Süßwarenindustrie Ost, 5 200 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,62 % ab 01.01.04 aus Abschluss 2003, Verlängerung der Öffnungsklausel zur Vereinbarung abweichender Tarifentgelte bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Laufzeit bis 30.11.04.

Textilindustrie Ost, 17 000 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.04 und weitere 2,2 % ab 01.10.04 aus Abschluss 2002, Laufzeit bis 31.12.04.

Versicherungsgewerbe, 238 200 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 1,8 % ab 01.01.04, 1,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.05 aus Abschluss 2003, Laufzeit bis 30.09.05.

Aktuelle Publikationen

neu

Kontrollierte Dezentralisierung

Eine Analyse der tariflichen Öffnungsklauseln
in 80 Tarifbereichen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 55
Düsseldorf, Februar 2004
105 Seiten, **10 €**

Tarifpolitischer Jahresbericht 2003

Konflikt um Tarifautonomie – Kampf um Lohnprozente
Düsseldorf, Januar 2004
72 Seiten, **10 €**

Tarifliche Regelungen zum Sterbegeld

Eine Analyse in ausgewählten Tarifbereichen
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 54
Düsseldorf, Oktober 2003
9 Seiten, **kostenlos**

Reinhard Bispinck, Johannes Kirsch, Claus Schäfer
**Mindeststandards für Arbeits- und Einkommens-
bedingungen und Tarifsysteem**
Forschungsbericht für das Ministerium für Wirtschaft
und Arbeit des Landes NRW
Düsseldorf 2003
452 Seiten, Schutzgebühr **8 €**

Wer verdient was?

- Ausgabe 2003 -

Tarifliche Grundvergütungen nach Berufen/Tätigkeiten
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 53
Düsseldorf, Juli 2003
88 Seiten, **12 €**

Tarifliche Kündigungsfristen und Kündigungsschutz

Übersicht über tarifliche Kündigungsregelungen in 44 ausgewählten
Tarifbereichen West und Ost
Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 51
Düsseldorf, Februar 2003
10 Seiten, **kostenlos**

zu bestellen bei:

WSI-Tarifarchiv in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/7778-248, Fax: 0211/7778-250
E-Mail: Baerbel-Kirchner@wsi.de

WSI-Tarifhandbuch 2004

- Tarifchronik
- Tarifabschlüsse 2003/2004
- Aktuelle Tarifthemen in Stichworten
- **Schwerpunktthema
Flächentarif in Europa**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Tarifliche Ausschlussfristen
- Einführung in das Tarifsysteem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 140 Fachbegriffen

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv
in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39

40476 Düsseldorf

Fax-Nr.: 0211/77 78-250

Hiermit bestelle ich:

... Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2004**
Frankfurt, Bund Verlag
300 Seiten, ca. 14,90 *€
zzgl. Versand 3,02 €

Name:.....

Anschrift:.....

.....

.....

Datum/Unterschrift:

* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 %
Rabatt